

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtbibliothek Nr. 12 — Oksächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 33 327

Verantwortlicher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswitz, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele, Inh. Walter Siele Verantwortlich: R. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 65 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach beiderseitiger Vereinbarung. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Abdruck einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 250

Bad Schandau, Dienstag, den 25. Oktober 1927

71. Jahrgang

## Für eilige Leser.

\* Wie die Morgenblätter aus Otaga melden, hat das dortige Observatorium ein über drei Stunden dauerndes Fernbeben registriert. Der Erdbebenherd scheint in Alaska zu liegen.

\* Wie verlautet hat der japanische geheime Thronrat den deutsch-japanischen Handelsvertrag genehmigt.

\* Wie mitgeteilt wird, wird der ständige Vertreter Polens beim Völkerbund, Solal, zum 1. Januar 1928 abberufen werden. Der Posten eines ständigen Vertreters in Genf wird aus Ersparnisgründen von diesem Zeitpunkt an überhaupt aufgehoben werden. Gegenwärtig befindet sich an Stelle Solals Graf Adam Tarnowski, der bisher im Außenministerium tätig war, als „Residentenbeobachter“ in Genf.

\* Aus Moskau wird gemeldet, daß die Zentralkontrollkommission der Partei den Armenier Arakis wegen Zugehörigkeit zur Opposition ausgeschlossen habe. Zusammen mit Arakis seien auch 16 seiner Anhänger wegen oppositioneller Tätigkeit im Kaukasus ausgeschlossen worden.

\* Nach Morgenblättermeldungen aus Romo ist der sozialdemokratische Führer in der Provinzstadt Maria Npol, Majeito, wegen angeblicher staatsfeindlicher Umtriebe zum Tode verurteilt und erschossen worden.

## Luxemburger Enttäuschungen.

Von w. h. v. H. v. H.

Seit Kriegsende steuerte Luxemburg wirtschaftlich und politisch Westwärts. Es besitzt seit dem 1. April 1922 Zollunion und Währungsvereinbarung mit Belgien, und seine Eisenbahnen sind dem elsass-lothringischen Netz angegliedert und werden von Frankreich kontrolliert. Zufriedener als vor 1919, als noch Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reich bestand, ist die Bevölkerung nicht geworden; sie hat im Gegenteil eine Reihe so ernstlicher Klagen laut werden lassen, daß sich bereits die benachbarte neutrale Presse Hollands und der Schweiz, die in diesem Falle sicherlich nicht aus deutschfreundlichen Motiven handelt, damit zu befassen beginnt.

Der Unwille richtet sich zunächst gegen den Betrieb der Eisenbahnen, die seinerzeit „aus Zweckmäßigkeitsgründen“ an das elsass-lothringische Netz angeschlossen wurden. Nun wird aber gerade von den Elsäss-Lothringern über ihren Eisenbahnbetrieb seit langem heftige Klage geführt, und man beschuldigt Paris, durch absichtliche Vernachlässigung des 1918 selbständig gebliebenen Netzes die widerpenfsten Eisäfer soweit mürbe zu machen, daß sie der Angleichung an das innerfranzösische Eisenbahnnetz zustimmen. Die Elsässer wünschen das nicht, und sie haben ihre Gründe dafür. Auf alle Fälle aber leidet Luxemburg unter diesem Zustand mit.

Wie mit Frankreich so sind auch die Erfahrungen Luxemburgs mit Belgien schlecht. Mit seiner Viertelmillion Einwohner hat es einen Eisen- und Stahlexport von fast zwei Millionen Tonnen jährlich, das ist mehr als die Vereinigten Staaten ausführen, deren Erzeugung zwar größer ist, aber zum größten Teil im Inland bleibt). Die Erzindustrie bringt viel Geld ins Land, und die wirtschaftliche und finanzielle Lage gäbe dem Großherzogtum Anrecht auf eine Währung, die ebenso fest sein könnte wie die schweizerische oder holländische. Statt dessen rollt in den Klaffen des Landes der belgische Franken, nach vieler Mühe und Not endlich stabilisiert, aber im Werte beträchtlich herabgedrückt. Das hat zu allerlei wirtschaftlichen Nachteilen geführt, die mit einem zweifelhafte Zahlungsmittel nun einmal unrennbar verbunden sind. Die Wirtschaftsunion mit Belgien wird von Brüssel aus in einer weite jaonnet, da in Luxemburg einmigung jedorty. ar Kofs aus Deutschland und Holländisch-Limburg zahlen die Luxemburger einen zum Schutz der belgischen Kohle erhobenen Frachtschlag von 25 Prozent, was bei einer Einfuhr von zwei Millionen Tonnen jährlich 15 Millionen Franken Tribut an Belgien ausmacht. Für Luxemburger Erzeugnisse hat Brüssel seinerzeit zollfreie Einfuhr nach Belgien zugesagt. Auch dieses Versprechen ist umgangen worden; auf Luxemburger Weine z. B. wird zwar kein Zoll erhoben, wohl aber Abgabe. Dies Gankeln mit Worten tröstet die Luxemburger nur wenig über die unangenehme Tatsache, daß sie zahlen müssen und ihre Waren verteuert werden.

Die dritte Gruppe luxemburgischer Klagen bezieht sich auf die inneren Verhältnisse. Die „Arbed“, d. h. die Aieries Reunies de Burbach-Eich-Dudelange, auf deutsch die Vereinigten Stahlwerke von Burbach-Eich-Dudelange, ist allmählich so mächtig geworden, daß sie einen „Staat im Staat“ bildet, der Minister und Abgeordnete „aufkauft“ und alle intelligenten Köpfe des Landes in seine Dienste zieht, so daß Verwaltung und Schulwesen darunter zu leiden beginnt. Auch bestehen Besorgnisse hinsichtlich des viel zu kleinen Exeres. Zweihundert Gendarmen und zweihundertfünfzig Soldaten können bei einem etwaigen Generalstreik wenig ausrichten. Man würde dann einen der Nachbarn um Hilfe eruchen müssen. Was natürlich wenig verlockend ist.

Deutschland ist bei all diesen Noten zurückhaltender Zuschauer. Wir wissen, daß die Ereignisse von 1918/19 Luxemburg zu einer Orientierung nach Westen veranlaßt haben, daß sich indessen bei der Volksbefragung von 1919 auch sehr deutlich ergeben hat, daß Luxemburg von einer Annexion durch Frankreich oder Belgien ebensowenig wissen will wie von einem Aufgehen in Deutschland. Auf dem Sodel des Standbildes eines luxemburgischen Staatsmannes der bismarckischen Zeit, aufgestellt auf einem Platz in der Landeshauptstadt, stehen die Worte: „Mer welle bleibe, was mer sind!“ Mit diesem volkstümlichen Leitwort der luxemburgischen Außenpolitik kann Deutschland einverstanden sein. Luxemburg ist altes deutsches Sprachgebiet und als solches uns nahegehend. Die Masse der Bevölkerung spricht deutsch, trotz aller Bevorzugung des Französischen durch die führenden Schichten in Staat und Wirtschaft, trotz der Verbannung des Französischen in den Ministerialämtern, im Parlament und in den Direktionszimmern der Industriekapitäne. Bis zum Ausbruch des Krieges bildeten die regen wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland ein Gegengewicht gegen die kulturellen Einflüsse aus Frankreich. Der Kriegsausgang und die erneut scharf einsetzende französische Propaganda haben es eine Weile gestört. Das damals weit nach Westen schwingende Pendel der luxemburgischen Volksstimmung kommt, nicht zuletzt wegen der erneuten Belebung des Handelsverkehrs mit Deutschland, wieder zur Ruhe. Die erlebten Enttäuschungen mit Frankreich und Belgien haben ihr gerüttelt Maß dazu beigetragen.

## Die Denkschrift des Reparationsagenten.

Kabinettsberatungen.

Ein Montag nachmittag in Berlin zusammengetretener Kabinettsrat beschäftigte sich mit Fragen der Reparation oder vielmehr mit der Aufbringung der Mittel dafür. Dabei stand natürlich das auffeherregende Eingreifen des Reparationsagenten Parker Gilbert in die Beamtenbesoldungsreform im Vordergrund. Reichsfinanzminister Dr. Köhler berichtete über seine Verhandlungen mit dem Reparationsagenten. Die Beratungen des Kabinetts blieben im übrigen verträglich. Man will aber erfahren haben, daß die Reichsregierung aller Voraussicht nach eine öffentliche Erklärung über den Einspruch Gilberts plant. Inzwischen konferiert der Reichsaussenminister weiter mit dem Reparationsagenten, aber man wußte Montag abend noch nicht, zu welchem Ende die Angelegenheit führen wird, die natürlich besonders in den betätigten Beamtenkreisen große Aufregung herbeigeführt hat, da die schon beschlossene Besoldungserhöhung einen Augenblick lang durch den Vorstoß Gilberts gefährdet erschien.

## Eine Erklärung des preußischen Finanzministers zum Schritte Parker Gilberts.

Berlin, 24. Oktober. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages begann heute die Vorberatung des preußischen Besoldungsgesetzes. Der preußische Finanzminister Dr. Hoepfer-Wichoff gab zunächst auf Anfragen aus dem Ausschuß folgende Erklärung zum Schritte des Reparationsagenten Parker Gilbert ab:

„Es ist durch die Veröffentlichung einer amerikanischen Zeitung bekannt geworden, daß der Reparationsagent dem Reichsfinanzminister ein Memorandum übersandt hat, in dem er zu den großen Fragen der Finanzpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden Stellung nimmt und im Zusammenhang hiermit auch die Frage der Besoldung berührt. Ich glaube nicht annehmen zu sollen, daß dieses Memorandum dazu führen könnte, daß die Besoldungsvorlage der Reichsregierung etwa zurückgenommen werden würde. Ich nehme weiter an, daß der Reichsfinanzminister am Mittwoch bei der Beratung des Hauptausschusses des Landtages zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird und halte es daher nicht für zweckmäßig, daß wir die Erörterung über die aufgeworfenen Fragen hier vertiefen.“

Der Minister äußerte sich dann zum Besoldungsgesetz über die Deckungsfrage. Er habe sich im Kabinettsrat zur Übernomme von 120 Millionen Mark Ausgaben aus der Besoldungsordnung bereit erklärt, könne aber jetzt sagen, daß Preußen sogar 130 Millionen Mark für diese Zwecke zur Verfügung stelle. Für den Restbetrag, müsse jedoch das Reich helfend eingreifen. Die starken Belastungen durch die Besoldungsvorlage würden von der preußischen Staatsregierung für tragbar erklärt. Der Landtag und seine Ausschüsse dürften jedoch über die Vorlage hinaus Mehrausgaben nicht beschließen.

Der Ausschuß vorlagte dann die weitere Beratung auf Dienstag. Es sollen zunächst die Beamten-Epigenorganisationen gehört werden.

## Dr. Köhler empfängt die Fraktionsvorsitzenden.

Berlin, 25. Oktober. Die Morgenblätter melden, daß Dr. Köhler im Laufe des heutigen Vormittags die Fraktionsführer des Reichstages, und zwar zunächst die der Regierungskoalition empfangen wird, um sie von den Vorgängen, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit so lebhaft beschäftigt haben, vor dem Beginn der Beratung im Haushaltsausschuß in Kenntnis zu setzen.

## Die Besatzungsberminderung.

Berlin, 25. Oktober. Wie der B. L. aus Paris mitteilt, meldet Havas aus Mainz, daß die Verminderung der französischen Besatzungstruppen gestern begonnen hat. Sechs Maschinengewehrataillone haben danach das besetzte Gebiet verlassen, zwei von ihnen sind aus Koblenz und je eins aus Neustadt, Worms, Speyer und Landau zurückgezogen worden. Zwei Bataillone des 158. Eisenbahnerregiments haben ihr Quartier in Trier mit Toul vertauscht.

## Ein neuer Generalstabschef der französischen Rheinarmee.

Berlin, 24. Oktober. Der Kommandant des 181. schweren Artillerieregiments, Oberst Blanchard, wurde zum Generalstabschef der französischen Rheinarmee ernannt.

## Eine demokratische Interpellation für Südtirol.

Die Morgenblätter melden, daß die Demokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation im Reichstag eingebracht hat, die sich gegen die Unterdrückung des südtiroler Deutschstums durch den Faschismus wendet. Die Reichsregierung wird gefragt, was sie zum Schutz des Deutschstums im Tirol zu tun gedenkt.

## Die Untersuchung des Prager Gesandtenmordes.

Die Untersuchung des Prager Gesandtenmordes, bei der auch die österreichische Polizei mitwirkte, hat das überraschende Ergebnis gezeigt, daß der Mörder des Prager albanischen Gesandten vor seiner Fahrt nach Prag eine Begegnung mit dem Wiener albanischen Gesandten Saracci gehabt hat. Dieser steht jetzt unter dem Verdacht, Mitwisser des Prager Gesandtenmordes gewesen zu sein. Dieser Verdacht verstärkt sich dadurch, daß Saracci, als er noch Konsul in Italien war, mit der Ermordung des italienischen Unterrichtsministers Bari in Zusammenhang gestanden hat. Der Mörder des Ministers war ein Bekter des Konsuls, der ermordete Minister ebenfalls wie der kürzlich ermordete Prager Gesandte ein Gegner Zogul Paschas.

Abgesehen von der Ministermörder damals, obwohl er auf frischer Tat ertappt worden war, freigesprochen worden.

## Politische Rundschau Deutsches Reich.

### Liberaler Vereinigung gegen den Reichsschulgesetzentwurf.

Die Liberale Vereinigung hielt in Berlin unter Vorsitz des Staatsministers Dr. von Richter eine Tagung ab, um zu dem Reichsschulgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Die Versammlung kam nach mehreren Ansprüchen zu einer Entschlieung, die besagt, der Entwurf mache die Schule zum Kampffeld konfessioneller, weltanschaulicher und parteipolitischer Richtungen. Er stehe im Widerspruch zur Reichsverfassung, indem er die Gemeinschaftsschule, der nach Wortlaut und Sinn des Artikels 146 als Regelschule der Vorrang zukomme, in die Reihe der Antragschulen verweise. Die Liberale Vereinigung erstrebe eine Schulgesetzgebung, die unbeschadet der religiösen oder weltanschaulichen Unterweisung das gemeinsame deutsche Kulturgut pflege und durch Bildungseinheit zur Volksgemeinschaft führe.

### Die preußischen Demokraten für Einheitsreich.

Der demokratische Preusentag in Berlin schloß mit der Annahme einer Entschlieung, in der ein großdeutsches Einheitsreich gefordert wird. Die Parteianhänger im Lande sollen unter dieser Parole den nächstjährigen Wahlkampf führen und so für das große deutsche Vaterland eintreten.

### Frankreich.

× Amerikanisches Nachgeben im Konflikt mit Frankreich? Das Washingtoner Staatsdepartement hat dem Pariser Botschafter der Vereinigten Staaten die Antwort der amerikanischen Regierung auf die letzte französische Note in der Zolltariffrage gefaßt. Einer Newyorker Meldung zufolge herrscht in unterrichteten amerikanischen Kreisen die Meinung vor, die amerikanische Regierung wünsche aufrichtig den Weg für eine Verständigung zu ebnen und den französischen Forderungen insoweit Nach-